

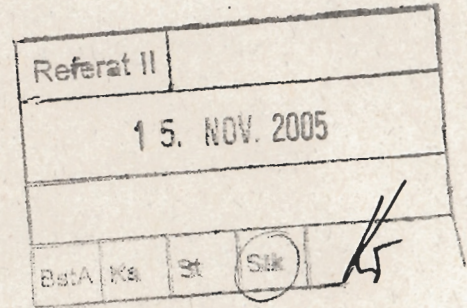
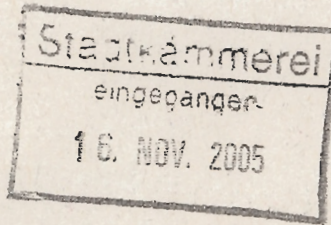
Beilage 3.1 - neu 1

Antrag Nr. 1

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus

90317 Nürnberg



OBERBÜRGERMEISTER		
14. NOV. 2005 / Nr.		
II	1 Zur Kta.	3 Zur Stellungnahme
	2 v.v.v.	4 Antwort vor Absendung vorlegen
		5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

Nürnberg, 11. November 2005

Haushaltsberatungen 2006

Kopie: IV, V, VII, VIII, SRD, 2. BM

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die SPD-Stadtratsfraktion stellt zum Finanzplan 2006-2009 folgende

Anträge:

I. „Neue Schritte zur Verbesserung der Lebensqualität in Nürnberg unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in Nürnberg“

Nachdem der Stadtrat in der Sitzung vom 25. Oktober 2005 nun einen neuen Flächennutzungsplan verabschiedet hat, wird die Verwaltung auf dieser Basis beauftragt, auf Grundlagen der in Nürnberg zu erwartenden demographischen Entwicklung konkrete Aussagen zu bestimmten Bereichen zu erarbeiten, die als Handlungsanleitungen für die Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, der Stadtverwaltung und Kooperationspartnern dienen können und Antworten auf aktuelle Fragestellungen für die Entwicklung Nürnbergs geben. Die Arbeitsweise des „Bündnisses für Familie“ kann hier als Vorbild dienen.

Die aktuell diskutierten stadtpolitischen Fragestellungen werden durch diese beabsichtigte Weichenstellung für die Zukunft nicht berührt und im Zuge des Finanzplanes behandelt.

Im Mittelpunkt der Überlegungen sollten die Auswirkungen der demographischen Entwicklung und die Sicherung der Lebensqualität in Nürnberg sein. Es sind deshalb folgende Bereiche zu bearbeiten:

- Haushalt und Finanzentwicklung, Schuldenlast für die nachfolgenden Generationen
- Regionale Zusammenarbeit in der Metropolregion Nürnberg
- Kinder- und familienfreundliche Stadt, Betreuung von Kindern/schulische und außerschulische Betreuung
(die Ergebnisse des „Bündnisses für Familie“ sind in die Überlegungen einzubeziehen)

Stadtratsfraktion
Nürnberg

SPD

- 2 -

- Gestaltung einer kommunalen Bildungslandschaft und Profilierung der Schulpolitik - auf Basis der bestehenden Stadtratsbeschlüsse
- Ökologische Orientierung der Stadtplanung
- Stärkung des Wirtschaftsstandorts Nürnberg und der Region
- Hebung des Wohlfühlfaktors in der Stadt (z.B. Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, Sicherheit).

Für alle Bereiche ist eine Bestandsanalyse zu erstellen (für Einzelbereiche liegen sie bereits vor, diese sind in die Untersuchungen zu integrieren) und als Basis für zukünftige Planungen zu verwenden.

Für die Zukunftsplanung sind nachstehende Indikatoren besonders zu berücksichtigen:

- Die demographische Entwicklung mit ihren Auswirkungen auf die Angebots- und Nachfrageseite. Angesprochen ist dabei nicht allein die Konsumentenseite.
- Die Wanderungsbewegung in der Stadt und die jeweiligen Auswirkungen auf die Stadtteile.
- Die Wanderungsbewegung in und aus der Stadt.
- Die Entwicklung der Arbeitsplätze in Nürnberg im Verhältnis zur Region.
- Nutzung der Potentiale einer älter werdenden Stadtgesellschaft, Infrastruktur für die älter werdende Bevölkerung.
- Wettbewerbssituation der Stadt in Konkurrenz zu anderen Metropolen.
- Die Entwicklung von weiteren ehrenamtlichen Beteiligungen, insbesondere im Sektor „meine Stadt“.

Die Verwaltung wird beauftragt, beim Oberbürgermeister eine Arbeitsgruppe einzurichten, die dem Stadtrat bis zum September 2006 ein Arbeits- und Finanzierungsprogramm zur Verabschiedung vorlegt.

II. Projekte, die von der SPD-Stadtratsfraktion unterstützt werden

Aus der aktuellen Stadtpolitik erklärt die SPD-Stadtratsfraktion ihre grundsätzliche Zustimmung zu folgenden Projekten und bittet die Verwaltung, die dafür benötigten Rahmenbedingungen weiter zu entwickeln und im Rahmen des Finanzplans für die Jahre 2006 bis 2009 einzuplanen bzw. zu berichten:

1. Seniorenrathaus und Internationales Haus im Heilig-Geist-Spital

- a) Die SPD-Stadtratsfraktion bittet um einen Bericht im Ältestenrat über die vorliegenden Belegungs- und Baumodelle für das erworbene Objekt.
- b) Dargelegt werden sollen die Finanzierung der Umzugs- und Belegungsmodelle, z.B. durch ÖPP, Beteiligung Dritter, die Aufgabe von Anmietungen.

2. Familienorientiertes Hallen- und Freibad in Langwasser

Nach den Beschlüssen der Bäderkommission wird es in Langwasser wieder ein familienorientiertes Hallen –und Freibad geben. Für die Realisierung müssen folgende Schritte eingeleitet werden:

- a. Die Grundstücksfrage muss zwischen der wbg und der Stadt Nürnberg bzw. dem Bauträger abschließend geklärt werden.
- b. Die Änderung der Bauleitplanung muss erfolgen.
- c. Ein Raumprogramm, eine erste Kostenermittlung und Finanzierungsmodelle sind zu erstellen.

Die SPD-Stadtratsfraktion bittet um eine entsprechende Vorlage für die Bäderkommission.

3. Wiederinbetriebnahme des Volksbades

Nach den Vorstellungen eines privaten Investors besteht die einmalige Chance, das Volksbad wieder zu reaktivieren. Verwaltung und Stadtrat müssen jetzt die Voraussetzungen und Bedingungen formulieren, auf welcher Basis die Zusammenarbeit mit einem privaten Investor möglich ist und welche Möglichkeiten noch bestehen, das Projekt zu befördern.

Die SPD-Stadtratsfraktion bittet um einen Bericht im Ältestenrat.

4. Fränkische Galerie im Innhof zwischen K4 und Kunsthalle

Die Verwaltung wird beauftragt

- a. für die Gründung einer Fränkischen Galerie zwischen K4 und Kunsthalle dem Kulturausschuss eine inhaltliche Konzeption vorzulegen,
- b. für den Innenhof ein bauliches Realisierungskonzept für eine Fränkische Galerie zu entwickeln,
- c. für den Gesamtkomplex K4, Fränkische Galerie und Kunsthalle ein Leitungs-, Geschäftsführungs- bzw. Kooperationsmodell vorzulegen,
- d. das Kuratorium Fränkische Galerie dabei in den laufenden Diskussionsprozess mit einzubeziehen,
- e. eine staatliche Mitfinanzierung für die fränkische Galerie zu erreichen.

5. Durchsetzung des Konnexitätsprinzips

In vielen Bereichen der Kommunalpolitik spielt die Durchsetzung des Konnexitätsprinzips gegenüber dem Freistaat Bayern eine wichtige Rolle, wie z.B. im Schulbereich im Rahmen des Büchergeldes, des achtstufigen Gymnasiums bzw. einer angemessenen Beteiligung des Freistaats beim Ausbau der Ganztagsbetreuung mit Mitteln des Bundesprogramms IZBB.

Die Verwaltung wird beauftragt

- a) *alle zusätzlichen Kosten, die das Konnexitätsprinzip tangieren, zu erfassen,*
- b) *diese beim Freistaat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzufordern. Dabei sind auch rechtliche Schritte nicht auszuschließen.*

III. Projekte, die im Jahr 2006 kassenwirksam werden sollen

1. Hochschule der Künste

Die SPD-Stadtratsfraktion unterstützt die Idee einer Hochschule der Künste in Nürnberg.

Die Kooperation und der mögliche spätere Zusammenschluss der Hochschule für Musik und der Kunstakademie würde die forschungs- und bildungspolitische Bedeutung der Metropolregion unterstreichen.

Des weiteren bietet die Kooperation Synergieeffekte in Kunst, Ausbildung und Finanzen.

Nicht zuletzt hat eine mögliche Kooperation auf den weiteren Ausbau der Hochschule für Musik und der Kunstakademie positiven Einfluss.

Der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg wird gebeten, diese Position der Stadt in den beratenden Gremien zu vertreten.

2. Weiterentwicklung des Schulwesens in Nürnberg

a) Schulbudgets der Grund und Hauptschulen

Nach belegbaren Erkenntnissen des Schulreferats ist die Qualifizierung der Schulabgänger nicht allein von dem Engagement der Lehrkräfte, sondern insbesondere vom Schulstandort innerhalb des Stadtgebiets abhängig. Dies wird nicht zuletzt durch die neuesten Erkenntnisse der Pisa-Studie bestätigt, die einen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen feststellt, der sich immer weiter verfestigt. Die Summen für Lehr- und Unterrichtsmittel in Nürnberg werden jedoch heute noch nach einem Pro-Kopf-Schlüssel an alle Schulen aufgeteilt. Eine Berücksichtigung des Standorts und der ethnischen und sozialen Zusammensetzung des Einzugsbereichs erfolgt nicht.

Die Zahlen der jährlichen Übertritte in weiterführende Schulen sind aber ein ausreichender Beleg dafür, dass eine schwerpunktmäßige Förderung über Schulbudgets erforderlich wäre.

Daher fordert die SPD-Stadtratsfraktion hier Korrekturen.

Sie beauftragt die Verwaltung, ein Modell bei der Berechnung der Schulbudgets für alle Grund- und Hauptschulen zu erarbeiten, das die sogenannten Sozialindikatoren berücksichtigt. Zusätzlich ist eine Projektförderung für besonders belastete Schulen zu entwickeln.

Behandlung
im des
Punkt 6.2.1
Antrag Mr. Ga

- 5 -

Bei der Erarbeitung eines neuen Fördersystems an Grund- und Hauptschulen sind folgende Kriterien zu beachten:

1. *Mit dem staatlichen Schulamt, dem NLLV und dem NEV sind Gespräche über eine veränderte Berechnung der Schulbudgets sowie der Projektförderung aufzunehmen.*
2. *Bei den Schulbudgets sind die bisherigen Quoten zu garantieren.*
3. *Die besondere Berücksichtigung der sehr belasteten Schulen erfolgt auf der Basis der überarbeiteten Steuerung durch die Schulbudgets. Dies wird durch eine stufenweise Erhöhung des Etats bei der HH-Stelle 404.03 (Profit-Center VS) Erziehungs- und Unterrichtsmittel ermöglicht.*
4. *Der Etat der Schulbudgets wird 2006 ff um 200.000,-- Euro erhöht.*
5. *Die NEU einzurichtende Projektförderung wird 2006 ff mit 100.000,-- Euro ausgestattet.*

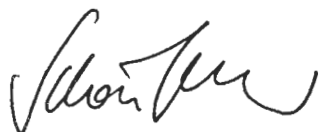
b) Privatschulen

Die Vorlage des Schulreferats dient als Arbeitsgrundlage und ist durch eine schrittweise Erhöhung der Gesamtförderung der Privatschulen der Verwaltungsvorlage anzupassen.

Die SPD-Stadtratsfraktion beantragt:

1. *Die neu hinzukommenden Privatschulen erhalten die in der Verwaltungsvorlage genannten Beträge aus einer Streichung des Zuschusses der Eurythmie-Schule. Insgesamt sind 20.000,-- Euro für 2006 vorzusehen.*
2. *Der Gesamtzuschuss an Privatschulen wird im Jahr 2007 ff stufenweise erhöht.
Die noch untergeforderten Privatschulen sollen dabei zunächst entsprechend der höheren Gesamtfördersumme angepasst werden.*

Mit freundlichen Grüßen



Gebhard Schönfelder
Vorsitzender